

## Niederschrift

über die 21. Sitzung des Rates der Stadt Schortens

---

**Sitzungstag:** Donnerstag, 20.06.2024

**Sitzungsort:** Bürgerhaus Schortens,  
Weserstraße 1, 26419 Schortens

**Sitzungsdauer:** 19:00 Uhr bis 21:05 Uhr

**Anwesend sind:**

Bürgermeister

Bürgermeister Gerhard Böhling

Ratsvorsitzende/r

RM Heide Bastrop

Ratsmitglieder

RM Christian Berner

RM Udo Borkenstein

RM Manfred Buß

RM Werner Conrad

RM Norbert Dieckmann

RM Ingbert Grimpe

RM Dennis Gunkel

RM Martin von Heynitz

RM Ralf Hillen

RM Axel Homfeldt

RM Janto Just

RM Kirsten Kaderhandt

RM Detlef Kasig

RM Marc Lütjens

RM Tobias Masemann

RM Hans Müller

RM Marcus Neff

RM Egon Onken

RM Wolfgang Ottens

RM Heino Putzehl

RM Pascal Reents

RM Manuela Röttger

RM Manuel Schoon

RM Stephan Schulze

RM Maximilian Striegl

RM Melanie Sudholz

RM Ralf Thiesing

RM Carsten Thomsen

RM Sören Trenkel

RM Jörg Wächter

RM Sandra Wessel

Von der Verwaltung nehmen teil:

Erster Stadtrat Karsten Hage  
StR Andreas Stamer  
StOAR Elke Idel  
FBL Andreas Büttler  
Stv. FBL Heiko Klein  
VA Taalke Janßen  
VA Henning Arnskötter

**Tagesordnung:**

**Öffentlicher Teil**

1. Eröffnung der Sitzung  
  
RV Bastrop eröffnet die Sitzung.
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit  
  
RV Bastrop stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.
3. Feststellung der Tagesordnung - öffentlicher Teil  
  
RV Bastrop stellt die Tagesordnung fest.
4. Genehmigung der Niederschrift vom 25.04.2024 - öffentlicher Teil  
  
Die Niederschrift vom 25.04.2024 – öffentlicher Teil- wird einstimmig genehmigt.
5. Bericht des Bürgermeisters
- 5.1. Grunderneuerung von Bushaltestellen im Stadtgebiet (4. Teil)  
  
Nachdem bereits viele Bushaltestellen in allen Ortsteilen saniert wurden, ist nach der Genehmigung des heute im Rat zu beschließenden Haushaltssicherungskonzeptes und damit des Haushaltes für das Jahr 2024 durch den Landkreis Friesland der weitere Ausbau von sechs Bushaltestellen in Accum, Heidmühle und Upjever ab frühestens Herbst d. J. geplant. Die Gesamtkosten betragen ca. 508.000,00 €, wobei eine bewilligte Förderung der Landesnahverkehrsgesellschaft in Höhe von 385.000,00 € und des Landkreises Friesland in Höhe von ca. 69.000,00 € gezahlt wird.
- 5.2. Sachstand "Baugebiet Hundsteerter Weg"  
  
Die IDB hat als Investor für das neue Baugebiet am Klosterweg die Firma Strabag aus Jaderberg mit der Durchführung der Erschließungsarbeiten beauftragt. Diese hat bislang 95 % der Arbeiten

am Regenwasser- und Schmutzwasserkanal sowie an den Hausanschlüssen fertig gestellt.

Fertig gestellt ist auch das Regenrückhaltebecken. Die noch durchzuführenden Kanalarbeiten werden bis Ende dieses Monats abgeschlossen und anschließend wird die Firma Strabag mit dem Erstausbau der Straße beginnen.

### 5.3. Städtische Kanalbauarbeiten

Die Erneuerung der Regenwasserkanalleitung im Bereich des Klosterneulands von DN 700 auf DN 1.200 ist zu 80 % fertig gestellt. Der Durchbruch unterhalb der Bahnlinie wurde erfolgreich abgeschlossen. Die Maßnahme wird voraussichtlich Ende Juli 2024 beendet sein. Für den Bereich der Mozartstraße laufen derzeit die Planungen für die Erneuerung des Regenwasserkanals und Vergrößerung von DN 300 auf DN 700 sowie die Erneuerung der alten Schmutzwasserkanalleitungen. Nach aktuellem Stand ist es geplant, mit den Arbeiten im Herbst d. J. zu beginnen.

### 5.4. Grundschulen

Ab den Sommerferien beginnen die Sanierungsarbeiten der WC-Anlagen an den verschiedenen Grundschulstandorten der Stadt Schortens. Beauftragt wurde auch der hydraulische Abgleich der Heizungen. Für die Grundschule Roffhausen wurden neue Rauchschutztüren und Bodenbeläge in den Fluren ausgeschrieben. Diese Arbeiten sollen ebenfalls in den Sommerferien durchgeführt werden. Für die Durchführung dieser Arbeiten liegt nach Absprache mit dem Verwaltungsausschuss eine Genehmigung der Kommunalaufsicht aufgrund der vorläufigen Haushaltsführung vor.

### 5.5. Neubau Kindergarten Jungfernbusch

Wegen noch durchzuführender Arbeiten verzögert sich die Fertigstellung des Neubaus des Kindergartens Jungfernbusch. Statt wie geplant zum 01.08.2024 werden die Arbeiten insgesamt im September abgeschlossen werden und danach das Gebäude vom Landkreis Friesland übernommen. Bis dahin können weiterhin die Räumlichkeiten des Ev. Kindergartens an der Weichselstraße genutzt werden. Die Eltern sind über die Verschiebung des Termins informiert worden.

### 5.6. Ergebnisse Abschlussprüfungen

Drei Auszubildende haben ganz aktuell ihre Abschlussprüfung als Verwaltungsfachangestellte bestanden. Eine junge Kollegin hat ihre Prüfung mit „sehr gut“, eine mit „gut“ und eine mit dem Ergebnis „befriedigend“ bestanden.

Auch hat eine weitere Mitarbeiterin die Fortbildung im Angestelltenlehrgang II, dieser ist vergleichbar mit der Prüfung des gehobenen Dienstes im Beamtenbereich, mit der Note „gut“ bestanden.

Wir beglückwünschen unsere jungen Kolleginnen herzlich und bedanken uns bei den Ausbildungseinheiten für die sehr erfolgreiche Arbeit. Die jungen Kolleginnen werden künftig in den verschiedenen Bereichen des Rathauses eingesetzt und helfen uns dabei, dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken.

6. Feststellung über den Sitzverlust von Ratsmitgliedern **SV-Nr. 21//0941**

Einstimmig wird nachfolgender Beschluss gefasst:

**Beschluss:**

Der Rat stellt gem. § 52 Abs. 2 NKomVG fest, dass die Voraussetzungen nach § 52 Abs.1 S.1 Nr. 1 NKomVG für die Beendigungen der Mitgliedschaften im Stadtrat der Stadt Schortens von Frau Perdita Gunkel, Herrn Uwe Burgenger und Herrn Andreas Bruns vorlagen bzw. vorliegen und diese ihren Sitz verloren haben.

7. Förmliche Verpflichtung und Pflichtenbelehrung eines nachrückenden Ratsmitgliedes **SV-Nr. 21//0943**

BM Böhling begrüßt Herrn Marcus Neff als neues Ratsmitglied und weist ihn im Rahmen der förmlichen Verpflichtung auf die gesetzlichen Vorgaben hin.

8. Feststellung von Änderungen im SPD-Fraktionsvorstand sowie des Gruppensprechers der SPD-FDP-Gruppe im Rat der Stadt Schortens **SV-Nr. 21//0961**

Der Rat nimmt die Änderungen im SPD-Fraktionsvorstand sowie die Änderung des Gruppensprechers der SPD-FDP-Gruppe zur Kenntnis.

9. Vorlage des Verwaltungsausschusses vom 07.05.2024

- 9.1. Annahme einer Spende für die Feuerwehr Accum **SV-Nr. 21//0921**

Einstimmig wird nachfolgender Beschluss gefasst:

**Beschluss:**

Die Spende von der Firma HIS Sicherheitsdienst GmbH & Co. KG, Kutterstraße 3, 26386 Wilhelmshaven in Höhe von 2.500,00 € für die Feuerwehr Accum wird angenommen.

10. Vorlagen des "Ausschusses für Planung und Bauen" vom 08.05.2024

- 10.1. Erste Verlängerung der Veränderungssperre 002/2022 für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 3 "Steensweg/Nord", 2. Änderung **SV-Nr. 21//0915**

Einstimmig wird nachfolgender Beschluss gefasst:

### **Beschluss:**

Zur Sicherung der Planung wird die Veränderungssperre Nr. 002/2022 gem. § 17 Abs. 1 Satz 3 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 04.01.2023 (BGBl. I S. 6), in der vorgelegten Form um ein Jahr verlängert.

- 10.2. Erste Verlängerung der Veränderungssperre 001/2022 für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. S4 "Accum/Geestweg", 1. Änderung **SV-Nr. 21//0916**

Einstimmig wird nachfolgender Beschluss gefasst:

### **Beschluss:**

Zur Sicherung der Planung wird die Veränderungssperre Nr. 001/2022 gem. § 17 Abs. 1 Satz 3 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 04.01.2023 (BGBl. I S. 6), in der vorgelegten Form um ein Jahr verlängert.

11. Vorlagen des Verwaltungsausschusses vom 28.05.2024
- 11.1. Bewilligung außerplanmäßiger Mittel für Ankauf landwirtschaftlicher Flächen **SV-Nr. 21//0946/1**
- Der Rat nimmt die Bewilligung außerplanmäßiger Mittel für den Ankauf landwirtschaftlicher Flächen durch den Verwaltungsausschuss im Rahmen einer Eilentscheidung gem. § 89 NKomVG zur Kenntnis.
- 11.2. Aufnahmeantrag zur Begründung einer Erweiterung der Mitgliedschaft im Bereich Abwasser im OOWV **SV-Nr. 21//0947**
- Der Rat nimmt die Beantragung der Erweiterung der Mitgliedschaft im OOWV im Bereich Abwasser und das Einvernehmen zur Übertragung der Aufgabe der Abwasserbeseitigung auf den OOWV durch den Verwaltungsausschuss im Rahmen einer Eilentscheidung gem. § 89 NKomVG zur Kenntnis.
12. Vorlagen des "Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Digitalisierung" vom 11.06.2024
- 12.1. Haushalt 2024, Haushaltssicherungskonzept **SV-Nr. 21//0962**

RM Kasig führt aus, dass im Rahmen der Haushaltsklausurtagung ein Konzept erarbeitet wurde, welches für alle politischen Gruppen zustimmungsfähig war. Im zweiten Entwurf des Haushaltssicherungskonzeptes wurden Vorschläge der Mehrheitsgruppe eingearbeitet, welche nicht die Zustimmung der SPD-FDP-Gruppe fanden, so RM Kasig.

RM Putzehl führt aus, dass die Rahmenbedingungen auf dem

Baubetriebshof derzeit nicht so beschaffen sind, dass es in diesem Bereich die Möglichkeit für Einsparungen i.H.v. 100.000 € gäbe. Zudem geht er auf die Sanierung von Straßen ein, für diese Projekte werden ebenfalls zwingend Mittel im Haushalt benötigt, an diesen sollte nicht gespart werden, so RM Putzehl. Er spricht sich dafür aus, die Gewerbesteuern nochmals um 20-30 Punkte zu erhöhen, um diese Investitionen durchführen zu können und den Haushalt sicher auf dem Weg zu bringen.

RM Just erklärt, dass er nicht überzeugt ist, dass der Baubetriebshof zukünftig Einnahmen von bis zum 500.000 € erwirtschaften kann, da die Kapazitäten für die Aufgabenerfüllung auf dem BBH nicht vorliegen. Ihm fehlt in dem Haushaltssicherungskonzept (HHSK) eine Möglichkeit im Bereich des Jugend- und Familienzentrums Einsparungen zu erzielen, da auch ohne den Bereich Schulsozialarbeit höhere Kosten als in den Nachbarkommunen entstehen. Des Weiteren fehlt ihm im HHSK ein Hinweis auf die entgangenen Einnahmen für die Vermarktung des HFC-Geländes in Schoost sowie für die Vermarktung der Friedhofserweiterungsfläche in Ostiem. Er ist nicht der Meinung, dass durch Verwaltungsdigitalisierung Kosten im Bereich der Verwaltung eingespart werden können. Zudem hält er den Gewinn von 800.000 € durch die Beteiligung an zwei Windkraftträdern für nicht realisierbar, da es sich bei der Windenergie um ein unkalkulierbares Geschäft handelt.

RM Homfeldt erklärt, dass eine weitere Steuererhöhung, auf ein dann niedersachsenweites Spitzenniveau, keine Möglichkeit zur Sicherung des Haushaltes darstellt, da das Gewerbe aufgrund der hohen Belastungen dann abwandere. Er spricht sich dafür aus, auch neue Vorschläge für die Sicherung des Haushaltes einzubringen. RM Homfeldt führt aus, dass durch die Organisationsuntersuchung auf dem Bauhof zunächst überprüft werden soll, welche Leistungen dieser ausführen kann, um dann effizientere Arbeitsprozesse ausführen zu können und in diesem Zuge Kosten für beispielsweise extern ausgeführte Leistungen oder freiwillig ausgeführte Leistungen einzusparen. Da die finanziellen Mittel, welche vom Land zur Verfügung gestellt werden, nicht ausreichen, müsse die Stadt beginnen nach Einnahmequellen in Form von wirtschaftlicher Betätigung zu suchen, da dies im Bereich der Daseinsvorsorge erlaubt ist, so RM Homfeldt weiter.

RM Borkenstein führt aus, dass bei der Verursachung von Schulden auch an Generationengerechtigkeit gedacht werden sollte, in diesem Zusammenhang sollten Gelder genutzt werden, um Schulden abzubauen und nicht um neue zu verursachen.

RM Borkenstein beantragt, die Punkte Nr. 1-4 (Akzeptanzabgabe Windenergie (freiwillig), Akzeptanzabgabe Windenergie (Pflicht), Beteiligung Windenergie und Beteiligung Photovoltaik) des HHSK ausschließlich für die Tilgung von langfristigen Darlehen zu verwenden und diese Punkte zu streichen.

RM Homfeldt erklärt, dass die Zinsgewinne i.H.v. ca. 200.000 € für die 5

Mio. €, welche die Stadt für die Kitagebäude erhalten hat, als Sicherung der Finanzierung der Windkraftanlagen genutzt werden könnten. Gleiches gilt für die möglichen Gewinne durch die Veräußerung des Abwassernetzes, so RM Homfeldt weiter.

BM Böhling erläutert, dass die finanzielle Unterstützung durch das Land schon seit vielen Jahren zu gering ausfällt. Er merkt an, dass sein Vorschlag für die Sicherung des Haushaltes die Erhöhung der Gewerbesteuer um 100 Punkte war.

BM Böhling beantragt, Nr. 8 des HHSK, die Prozessoptimierung auf dem Baubetriebshof, zu streichen.

RM Ottens, führt aus, dass eine Steuererhöhung das letzte Mittel sein sollte, da dies zu Unmut in der Bevölkerung und unter den Gewerbetreibenden führt. Er weist darauf hin, dass die Organisationsuntersuchung auf dem Baubetriebshof auch eine Schutzfunktion hat, da dieser aktuell überlastet ist. Er erhofft sich durch die Untersuchung die Kosten von derzeit 2,7 Mio. € für Bauhofleistungen zu minimieren.

RM Just beantragt, auf die zu schaffende Stelle eines Pressesprechers zu verzichten.

RM Just spricht sich dagegen aus, sicheres Kapital, aus dem Verkauf der Kitagebäude sowie ggf. aus dem Verkauf des Abwassernetzes, in unsicheres Kapital umzuwandeln.

Es wird über den Antrag von BM Böhling abgestimmt, den Punkt Nr. 8, die Prozessoptimierung auf dem Baubetriebshof, aus dem HHSK zu streichen.

Der Antrag wird bei 15 Stimmen dafür, einer Enthaltung und 17 Stimmen dagegen abgelehnt.

Es wird über den Antrag von RM Just abgestimmt, auf die Stelle eines Pressesprechers zu verzichten.

Der Antrag wird bei 14 Stimmen dafür, einer Enthaltung und 18 Stimmen dagegen abgelehnt.

Es wird über den Antrag von RM Borkenstein abgestimmt, die Punkte Nr. 1-4 (Akzeptanzabgabe Windenergie (freiwillig), Akzeptanzabgabe Windenergie (Pflicht), Beteiligung Windenergie und Beteiligung Photovoltaik) des Haushaltssicherungskonzeptes (HHSK) ausschließlich für die Tilgung von langfristigen Darlehen zu verwenden und diese Punkte aus dem HHSK zu streichen.

Der Antrag wird bei 14 Stimmen dafür, einer Enthaltung und 18 Stimmen dagegen abgelehnt.

Bei 14 Stimmen dagegen und 19 Stimmen dafür wird nachfolgender Beschluss gefasst:

**Beschluss:**

Das der Sitzungsvorlage beigefügte Haushaltssicherungskonzept wird beschlossen.

- 12.2. 3. Änderung der Satzung über die Erhebung von Vergnügungssteuer  
**SV-Nr. 21//0966**

Einstimmig wird nachfolgender Beschluss gefasst:

**Beschluss:**

Die der Sitzungsvorlage anliegende 3. Satzung zur Änderung der Vergnügungssteuersatzung vom 23.09.2010 wird beschlossen.

- 12.3. Bericht über die überörtliche Prüfung "Schuldenmangement" **SV-Nr. 21//0963**

FBL 2 Idel stellt den Bericht vor.

13. Änderung von Ausschussbesetzungen **SV-Nr. 21//0958**

Einstimmig wird nachfolgender Beschluss gefasst:

**Beschluss:**

Folgende Änderungen ergeben sich durch den Mandatswechsel von RM Bruns zu RM Neff:

1. Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Digitalisierung:  
streiche RM Bruns, setze RM Homfeldt  
Vorsitz neu: RM Striegl  
stv. Vorsitz: RM Gunkel
2. Ausschuss für Klimaschutz, Klimafolgenanpassung und Umwelt:  
streiche RM Homfeldt, setze RM Neff
3. Ausschuss für Verkehr, Ordnung und Gefahrenabwehr:  
streiche RM Bruns, setze RM Neff
4. Nds. Städte- und Gemeindebund:  
streiche RM Bruns, setze RM Homfeldt  
Vertretung: streiche RM Homfeldt, setze RM Thomsen

Die Änderungen werden festgestellt.

14. Benennung einer Vertretung für die Generalversammlung der BES  
Bürger-Energie-Genossenschaft Schortens eG **SV-Nr. 21//0960**

Einstimmig wird nachfolgender Beschluss gefasst:

**Beschluss:**

Bürgermeister Gerhard Böhling wird für die Generalversammlung der BES Bürger-Energie-Genossenschaft Schortens eG als Vertreter der Stadt Schortens benannt. Des Weiteren wird Erster Stadtrat Karsten Hage als sein Stellvertreter benannt.

15. Anfragen und Anregungen:

Es werden keine Anfragen oder Anregungen eingebracht.

16. Einwohnerfragestunde

16.1. Bürgerfrage zum Bereich Stadtentwässerung

Ein Bürger fragt, ob Mitarbeitende, unter Beteiligung der Personalvertretung, aus dem Bereich Stadtentwässerung ihre Bereitschaft für eine Übernahme durch den OOVW signalisiert haben.

Des Weiteren stellt er die Frage, in welchem Bereich die Mitarbeitenden auf dem Baubetriebshof zukünftig eingesetzt werden sollen.

Außerdem fragt er, ob für die Bürger eine Gebührenerhöhung im Bereich der Straßenreinigung zu erwarten ist, sofern in diesem Bereich zukünftig mehr Personal tätig sein sollte.

BM Böhling erklärt, dass er zu Personalangelegenheiten in öffentlicher Sitzung keine Ausführungen macht. Ferner erklärt er, dass, sofern im Bereich Straßenreinigung mehr Personal eingesetzt werden sollte, es aus diesem Grund allein keine Gebührenerhöhung geben wird.

RM Homfeldt erklärt, dass die Mehrheitsgruppe angeregt hat, zu prüfen, ob die Einführung neuer Steuern in manchen Bereichen sinnvoll wäre. Außerdem weist er darauf hin, dass viele Bürger nicht in der Lage sind ihrer Straßenreinigungspflicht bis zur Mitte der Fahrbahn nachzukommen, daher sollen die Kosten für eine Reinigung durch die Stadt ermittelt werden.

16.2. Bürgerfrage zur Kreisumlage

Ein Bürger fragt, welche Kreisumlage die Stadt bezahlen muss und ob die Kreisumlage im HHSK Berücksichtigung findet.

Ferner fragt, er nach den zusätzlichen Aufgaben, welche der Baubetriebshof ausführt.

BM Böhling erklärt, dass der Festsetzungsbescheid über die Kreisumlage von 18,9 Mio. € aktuell vorliegt und dies im Haushalt berücksichtigt wurde.

Außerdem erklärt er, dass freiwillige Aufgaben des Baubetriebshofes z.B. durch den Transport der Holzhütten zu Vereinsfesten ausgeübt werden.